

353819-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros – Hochbaulicher Realisierungswettbewerb mit freiraumplanerischen Anteilen "Neuer Verwaltungsstandort Koogstraße mit denkmalgerechter Ergänzung des historischen Rathauses", Stadt Brunsbüttel
OJ S 99/2026 26/05/2026

Wettbewerbsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Brunsbüttel, der Bürgermeister

E-Mail: info@stadt-brunsbuettel.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Hochbaulicher Realisierungswettbewerb mit freiraumplanerischen Anteilen "Neuer Verwaltungsstandort Koogstraße mit denkmalgerechter Ergänzung des historischen Rathauses", Stadt Brunsbüttel

Beschreibung: Die Verwaltungsstandorte der Stadt Brunsbüttel sind derzeit auf unterschiedliche Standorte im Stadtgebiet verteilt. Dies erschwert den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu den städtischen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern und verkompliziert verwaltungsinterne Abstimmungen und Abläufe. Daher wird durch die Stadt eine räumliche Bündelung der Verwaltungsstandorte angestrebt. Das stark auffällige Gebäude „Kaiserhof“ neben dem historischen Rathaus in der Koogstraße ist abgängig. Auf diesem Grundstück soll ein Neubau errichtet werden, so dass gemeinsam mit dem historischen Rathaus ein gebündelter Verwaltungsstandort in zentraler Lage entsteht. Damit das historische Brunsbütteler Rathaus auch in Zukunft seiner Funktion als Repräsentationsbau und Arbeitsort der städtischen Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht werden kann, ist das Gebäude in vielerlei Hinsicht zu ertüchtigen. Das Bestandsgebäude ist denkmalgerecht hinsichtlich Brandschutz und Energieeffizienz zu modernisieren. Damit alle Menschen Zugang zum Rathaus als öffentlichem Gebäude haben und sich auch innerhalb des Gebäudes barrierefrei bewegen können, werden umfangreiche bauliche Veränderungen notwendig. Der Rathausanbau aus dem Jahr 1968 ist ebenfalls nicht barrierefrei und qualitativ und quantitativ auf einem nicht mehr zeitgemäßen Niveau. Er ist wirtschaftlich nicht auf einen zeitgemäßen Qualitätsstandard zu bringen und daher zukünftig abgängig. Der Anbau ist durch moderne, qualitativ hochwertige Verwaltungsräume zu ersetzen. Mit dem Wettbewerb strebt die Stadt Brunsbüttel die Erlangung von qualitätvollen Entwürfen für einen modernen, zeitgemäßen und bürgernahen Verwaltungsstandort an, der das stadtbildprägende historische Rathaus denkmalgerecht und barrierefrei integriert.

Kennung des Verfahrens: 0dc4ced9-ecaf-4937-b9d9-a73a0206dbd8

Verfahrensart: Nichtoffenes Verfahren

Zentrale Elemente des Verfahrens: Es wird ein nichtoffener, einphasiger, hochbaulicher Realisierungswettbewerb mit freiraumplanerischen Anteilen für Arbeitsgemeinschaften aus

Architekt*innen und Landschaftsarchitekt*innen ausgelobt. Das Verfahren wird anonym in einer Phase durchgeführt. Die Federführung im Verfahren liegt bei den Architekt*innen. Durch einen vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb wird die Teilnehmerzahl auf insgesamt 10 Teilnehmende begrenzt. Die federführenden Architekturbüros werden in einem Losverfahren (nach EU-Bekanntmachung) ausgewählt. Gesucht werden Teilnehmende, die über Erfahrungen bei der Planung und Errichtung der beschriebenen Planungsaufgabe oder vergleichbarer Projekte verfügen. Diese sind durch Referenzen bei der Bewerbung nachzuweisen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Koogstraße 61-63 Koogstraße 65

Stadt: Brunsbüttel

Postleitzahl: 25541

Land, Gliederung (NUTS): Dithmarschen (DEF05)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: mit Losverfahren

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - VgV in Verbindung mit der Richtlinie für Planungswettbewerbe (2013)

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: VgV in Verbindung mit RPW 2013

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Hochbaulicher Realisierungswettbewerb mit freiraumplanerischen Anteilen "Neuer Verwaltungsstandort Koogstraße mit denkmalgerechter Ergänzung des historischen Rathauses", Stadt Brunsbüttel

Beschreibung: Die Verwaltungsstandorte der Stadt Brunsbüttel sind derzeit auf unterschiedliche Standorte im Stadtgebiet verteilt. Dies erschwert den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu den städtischen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern und verkompliziert verwaltungsinterne Abstimmungen und Abläufe. Daher wird durch die Stadt eine räumliche Bündelung der Verwaltungsstandorte angestrebt. Das stark auffällige Gebäude „Kaiserhof“ neben dem historischen Rathaus in der Koogstraße ist abgängig. Auf diesem Grundstück soll ein Neubau errichtet werden, so dass gemeinsam mit dem historischen Rathaus ein gebündelter Verwaltungsstandort in zentraler Lage entsteht. Damit das historische Brunsbütteler Rathaus auch in Zukunft seiner Funktion als Repräsentationsbau und Arbeitsort der städtischen Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht werden kann, ist das Gebäude in vielerlei Hinsicht zu ertüchtigen. Das

Bestandsgebäude ist denkmalgerecht hinsichtlich Brandschutz und Energieeffizienz zu modernisieren. Damit alle Menschen Zugang zum Rathaus als öffentlichem Gebäude haben und sich auch innerhalb des Gebäudes barrierefrei bewegen können, werden umfangreiche bauliche Veränderungen notwendig. Der Rathausanbau aus dem Jahr 1968 ist ebenfalls nicht barrierefrei und qualitativ und quantitativ auf einem nicht mehr zeitgemäßen Niveau. Er ist wirtschaftlich nicht auf einen zeitgemäßen Qualitätsstandard zu bringen und daher zukünftig abgängig. Der Anbau ist durch moderne, qualitativ hochwertige Verwaltungsräume zu ersetzen. Mit dem Wettbewerb strebt die Stadt Brunsbüttel die Erlangung von qualitätvollen Entwürfen für einen modernen, zeitgemäßen und bürgernahen Verwaltungsstandort an, der das stadtbildprägende historische Rathaus denkmalgerecht und barrierefrei integriert. Interne Kennung: Hochbaulicher Realisierungswettbewerb mit freiraumplanerischen Anteilen "Neuer Verwaltungsstandort Koogstraße mit denkmalgerechter Ergänzung des historischen Rathauses", Stadt Brunsbüttel

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Koogstraße 61-63 Koogstraße 65

Stadt: Brunsbüttel

Postleitzahl: 25541

Land, Gliederung (NUTS): Dithmarschen (DEF05)

Land: Deutschland

5.1.6. Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Zusätzliche Informationen: Die Auslobung und weitere Anlagen werden im Teilnahmbereich unter wettbewerbe.archi-stadt.de zur Verfügung gestellt.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

Gefördertes soziales Ziel: Sonstiges

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt/in und Landschaftsarchitekt/in durch beigefügte Kopie der Eintragungsurkunde in eine Kammer oder vergleichbare Institution im jeweiligen Heimatstaat.

Außerdem erklären die Arbeitsgemeinschaften bei der Bewerbung zur Teilnahme am

Wettbewerb, dass - keine der in den §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführten Ausschlussgründe vorliegen. - keine

Ausschlussgründe aufgrund der EU-Verordnung 2022/576 (Russland-Sanktionen) vorliegen. -

kein Teilnahmehindernis nach § 4 Abs. 2 RPW vorliegt. - der Auftrag gemäß § 73 Abs. 3 VgV

frei von Ausführungs- und Lieferinteressen ausgeführt wird. - eine ausreichende

Berufshaftpflichtversicherung besteht oder im Auftragsfall abgeschlossen wird. - eine

Anmeldung bei einer Berufsgenossenschaft vorhanden ist oder diese nicht notwendig ist. -

sich kein Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft (Partner*in, freie Mitarbeitende, Angestellte)

separat bewirbt bzw. beteiligt und dass ein Verstoß hiergegen zum nachträglichen Ausschluss

aller Bewerbungen bzw. Arbeiten führt. - sie im Falle einer Beauftragung sich verpflichten, die Planungsleistungen gemäß HOAI zu übernehmen sowie in der Lage zu sein, die fachliche Präsenz vor Ort im erforderlichen Maße zu gewährleisten. - ihre Bereitschaft zur Eignungsleihe gem. § 47 VgV, falls erforderlich.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Durch die federführenden Architekturbüros sind zwei Referenzen einzureichen, die die aufgabenbezogene Berufserfahrung nachweisen. Die zur Verfügung gestellten Referenzbögen dürfen im Layout abgewandelt/umgestaltet werden. Das Format (DIN A3 Querformat) und die Pflichtfelder sind beizubehalten. • Referenz 1: Verwaltungsgebäude oder vergleichbares Vorhaben (als vergleichbar gelten z. B. Bürogebäude, Universitätsgebäude, Banken/Sparkassen oder andere öffentliche Verwaltungsgebäude. Alternativ kann die Vergleichbarkeit über die Nettogrundfläche oder Nutzeranzahl nachvollziehbar begründet werden (z. B. $\geq 1.500 \text{ m}^2$ Nettogrundfläche oder ≥ 70 Arbeitsplätze) mit einem Volumen gem. DIN 276, Kostengruppe 300/400, von mindestens 2 Millionen Euro netto, mindestens LPH 2-4, nicht älter als 10 Jahre. • Referenz 2: Sanierung, Umbau, Anbau und/oder Umgestaltung eines denkmalgeschützten historischen Gebäudes mit einem Volumen gem. DIN 276, Kostengruppe 300/400, von mindestens 3 Millionen Euro netto, mind. LPH 2-4, nicht älter als 10 Jahre

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Das Preisgericht wird sein Urteil anhand der Qualität der eingereichten Planungsleistungen bilden: Abgabeleistungen • fristgerechte Abgabe •

Darstellungsanforderungen und Programmerfüllung Hochbauliches Gesamtkonzept • Anordnung und Maßstäblichkeit der Baumasse und deren Einbindung in das städtebauliche Umfeld • Tragfähigkeit des Nutzungskonzeptes Gestaltungsqualität und funktionale Qualität • Architektonische Qualität • Freiraumplanerische Qualität • Denkmalgerechte Planung • Tragfähigkeit und Funktionalität des inneren Erschließungskonzeptes und der Raumbildung • Gestaltungsqualität, nutzungsgerechte Gestaltung • Qualität und Realisierbarkeit der gebäudebezogenen Entwurfsaussagen • Barrierefreiheit und behindertengerechtes Bauen Wirtschaftlichkeit • Baulicher Aufwand und Auswirkungen auf die Gebäudebewirtschaftung • Ökologische Aspekte, energetische Aspekte und Nachhaltigkeit • Innovative Vorschläge, die eine zügige und kostengünstige Realisierung erwarten lassen

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://wettbewerbe.archi-stadt.de/>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: Wettbewerbsportal von ARCHITEKTUR+STADTPLANUNG

URL: <https://wettbewerbe.archi-stadt.de/>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Wettbewerbsbedingungen:

Die Entscheidung der Jury ist für den Erwerber bindend: nein

Mitglieder der Jury: Fachpreisrichtende (anzufordern): Astrid Gasse, Stadtplanerin, Baudirektorin, Stadt Brunsbüttel; Marie-Luise Zastrow, freischaffende Architektin + Stadtplanerin, Kiel; Christian Schmieder, Architekt, Kiel; Henning Stüben, freischaffender Architekt, Kopenhagen; Christian Felgendreher, Architekt, Berlin; Elke Werner, freischaffende Architektin, Ahrensburg; Ulrike Lillja, Landschaftsarchitektin, Kiel, Sachpreisrichtende: Martin

Schmedtje, Bürgermeister Brunsbüttel; Heino Schmielau, CDU Brunsbüttel; Sören Hartenstein, SPD Brunsbüttel; Michael Wamser, FDP Brunsbüttel; Horst Mussehl, WGP-Fraktion Brunsbüttel; Marlen Tabbert, B 90/Die Grünen Brunsbüttel

Wert des Preises: 27 500,00 EUR

Preis:

Platzierung des Preisempfängers in der Rangliste: 1

Wert des Preises: 16 500,00 EUR

Preis:

Platzierung des Preisempfängers in der Rangliste: 2

Wert des Preises: 11 000,00 EUR

Preis:

Platzierung des Preisempfängers in der Rangliste: 3

Zusätzliche Informationen: Die Wettbewerbssumme beträgt 105.000 € (netto, zuzüglich geltender MwSt) und setzt sich aus den Aufwandsentschädigungen und den Preissummen zusammen. Die Aufwandsentschädigung beträgt, bei Abgabe vollständiger Wettbewerbsbeiträge 5.000 € netto je Teilnehmer*in. Sollten weniger Arbeiten eingereicht werden, wird die für die Aufwandsentschädigungen bestimmte Summe von insgesamt 50.000 € auf die Anzahl der tatsächlichen Teilnehmer*innen aufgeteilt. Weitere Bearbeitung Die Ausloberin beabsichtigt, unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Preisgerichts und unter dem Vorbehalt der Beschlüsse der städtischen Gremien den/die Sieger*in oder einen der weiteren Preisträger*innen mit der weiteren Bearbeitung der Aufgabe zu beauftragen, - soweit und sobald die dem Verfahren zugrundeliegende Aufgabe realisiert werden soll (Zustimmung des Bauausschusses und der Ratsversammlung) - soweit die Verfasser*innen, die beauftragt werden sollen, nach Auffassung der Ausloberin eine einwandfreie Ausführung der zu übertragenden Leistungen gewährleisten - soweit sonst kein wichtiger Grund der Beauftragung entgegensteht. Die Beauftragung umfasst die Leistungsphasen Nr. 1-9, mindestens jedoch die Leistungsphasen Nr. 1-3 gem. § 34 Abs. 3 und § 39 Abs. 3 HOAI. Die Beauftragung kann in mehreren Abschnitten erfolgen. Die teilnehmenden Teams verpflichten sich, im Falle der Zuerkennung eines Preises, alle erforderlichen Leistungen (LPH 1-9) als Auftrag anzunehmen. Auf die Eignungsleihe gem. § 47 VgV wird hingewiesen. Die Ausloberin strebt eine zeitnahe Umsetzung an; die Teilnehmenden sichern zu, umgehend nach Auftragserteilung mit der weiteren Bearbeitung zu beginnen. Im Falle einer weiteren Beauftragung werden die durch den Wettbewerb erbrachten Leistungen (LP 2 teilweise) der Verfasser*innen bis zur Höhe des zuerkannten Preisgeldes nicht erneut vergütet, wenn der Entwurf in seinen wesentlichen Teilen unverändert der weiteren Bearbeitung zugrunde gelegt wird. Werden nur Bauabschnitte ausgeführt, so erfolgt die Anrechnung in einem angemessenen Verhältnis. Verhandlungsverfahren Das Preisgericht gibt eine schriftliche Empfehlung zur weiteren Entwicklung und Bearbeitung der Aufgabe gemäß § 8 (2) RPW 2013 sowie § 72 (2) VgV. Im Anschluss an die Preisgerichtssitzung wird gemäß § 80 VgV ein Verhandlungsverfahren mit dem*der ersten Preisträger*in durchgeführt. Als Grundlage für die Verhandlungen erwartet die Ausloberin für den Hochbau gem. § 35 HOAI die Honorarzone IV, Viertel-Satz. Freianlagen sind gem. § 40 HOAI mit Honorarzone III, Mittelsatz zu kalkulieren. Sollte eine Beauftragung des*der ersten Preisträger*in aus wichtigem Grunde nicht möglich sein, beabsichtigt die Ausloberin die Verhandlungen mit allen weiteren Preisträger*innen fortzuführen. Im Verhandlungsverfahren werden die Zuschlagskriterien wie folgt gewichtet: Wettbewerbsergebnis 50 % Honorar 20% Projektorganisation 30%. Die mit dem Bewerbungsbogen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs abgefragten Angaben gelten auch als Eignungskriterien gem. § 70 VgV für das Verhandlungsverfahren. Die endgültigen Vergabeunterlagen mit den Zuschlagskriterien einschließlich des verbindlichen Vertragsentwurfs werden den Teilnehmenden zum Verhandlungsverfahren mitgeteilt. Die

Ausloberin behält sich vor, den Zuschlag auf Grundlage der Erstangebote zu vergeben (vgl. § 17 (11) VgV).

Jeder Dienstleistungsauftrag im Anschluss an den Wettbewerb wird an einen der Gewinner des Wettbewerbs vergeben

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://wettbewerbe.archi-stadt.de/>

Beschreibung: Zusätzlich zu der elektronischen Einreichung wird auch eine Abgabe in Papierform verlangt. Weitere Angaben sind der Wettbewerbs-Auslobung zu entnehmen.

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 25/06/2026 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Fehlende Bieterunterlagen können nicht nach Fristablauf nachgereicht werden.

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Informationen über die Überprüfungsfristen: Teilnehmende können sich zur Nachprüfung vermuteter Verstöße an die zuständige Vergabekammer wenden. Es wird auf § 160 Abs. 3 GWB verwiesen: Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Die vorstehenden Fristen gelten nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

ARCHITEKTUR+STADTPLANUNG Baum I Schwormstede I Stellmacher PartGmbH

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt:

ARCHITEKTUR+STADTPLANUNG Baum I Schwormstede I Stellmacher PartGmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Schleswig-Holstein im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: ARCHITEKTUR+STADTPLANUNG Baum I Schwormstede I Stellmacher PartGmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Stadt Brunsbüttel, der Bürgermeister

Registrierungsnummer: DE134788806

Abteilung: Fachbereich 3 Bauamt

Postanschrift: Albert-Schweitzer-Straße 9

Stadt: Brunsbüttel

Postleitzahl: 25541

Land, Gliederung (NUTS): Dithmarschen (DEF05)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Stadt Brunsbüttel

E-Mail: info@stadt-brunsbuettel.de

Telefon: +49 4852 391-0

Internetadresse: <https://www.stadt.brunsbuettel.de>

Profil des Erwerbers: <https://wettbewerbe.archi-stadt.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: ARCHITEKTUR+STADTPLANUNG Baum I Schwormstede I

Stellmacher PartGmbH

Registrierungsnummer: DE262935246

Postanschrift: Graumannsweg 69

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 22087

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

E-Mail: hamburg@archi-stadt.de

Telefon: 040 441419

Internetadresse: www.archi-stadt.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +494319884640

Internetadresse: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/wirtschaft/vergabekammer/vergabekammer_node.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: fd5445dc-4d6f-47ae-aeb1-fa5959a0763a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Wettbewerbsbekanntmachung

Unterart der Bekanntmachung: 23

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 21/05/2026 15:03:17 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 353819-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 99/2026

Datum der Veröffentlichung: 26/05/2026